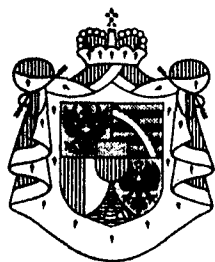


Fürstentum
Liechtenstein**Amtliche Kundmachungen**■ **Ausschreibung zum Referendum**

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 18./19. Mai 2005 beschlossen:

- Finanzbeschluss vom 18. Mai 2005 betreffend die Subventionierung der Erweiterung des Rheinparkstadions Vaduz
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Notifikation technischer Vorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Notifikationsgesetz; EWR-NotifG)
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über Investmentunternehmen (IUG)
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Abänderung des Postgesetzes
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Amtliche Vermessung (Vermessungsgesetz; VermG)
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Abänderung des Sachenrechtes
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Abänderung des Grundverkehrsgesetzes
- Gesetz vom 19. Mai 2005 über die Abänderung des Beschwerdekommis-sionsgesetzes
- Gesetz vom 19. Mai 2005 zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft vom 7. Dezember 2004 (Zinsbesteuerungsgesetz, ZBSStG)

Gemäss Art. 66 Abs. 1 der Verfassung vom 5. Oktober 1921, LGBl. 1921 Nr. 15, in der Fassung des Verfassungsgesetzes vom 3. Mai 1996, LGBl. 1996 Nr. 85, und Art. 75 des Gesetzes vom 17. Juli 1973 betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten, LGBl. 1973 Nr. 50, in der Fassung des Gesetzes vom 15. November 1984, LGBl. 1985 Nr. 4, und des Gesetzes vom 3. Mai 1996, LGBl. 1996 Nr. 84, kann dagegen innerhalb von 30 Tagen nach dieser Kundmachung, das ist bis zum **20. Juni 2005** einschliesslich, das Referendum ergriffen werden.

Das Referendum kommt zustande, wenn wenigstens 1000 stimmberechtigte Landesbürger oder wenigstens drei Gemeinden in Form übereinstimmender Gemeindeversammlungsbeschlüsse das Begehren um eine Volksabstimmung stellen. Sammelbegehren um eine Volksabstimmung müssen nebst der Angabe der Gemeinde von den das Begehren stellenden Stimmberechtigten durch eigenhändig unterzeichnete Eingaben, die mit dem Anfangsdatum der Unterschriftenzeichnung auf jedem Bogen versehen sein müssen, bei der Regierung eingereicht werden, wobei Stimmberechtigung und Unterschrift von der Gemeindevorstellung derjenigen Gemeinde, in welcher dieselben ihre politischen Rechte ausüben, bescheinigt sein muss.

Landtagsbeschlüsse können bei der Fürstlichen Regierungskanzlei eingesehen und bezogen werden.

Vaduz, 21. Mai 2005

gez. Otmar Hasler
Fürstlicher Regierungschef

1277 410

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

■ **Stellenausschreibung (Ersatzanstellung)**

Der Rechtsdienst der Steuerverwaltung bietet einer engagierten Führungskraft ein vielseitiges und interessantes Aufgabengebiet. Infolge Austritts suchen wir eine/einen

Leiterin/Leiter Rechtsdienst**Aufgaben:**

Ihre Hauptaufgabe ist die Leitung des Rechtsdienstes der Steuerverwaltung. Sie koordinieren die Tätigkeit des Rechtsdienstes mit den anderen Abteilungen, bearbeiten steuerrechtliche Fragen und Rechtsmittel, arbeiten bei Fragen des internationalen Steuerrechts mit und erarbeiten Stellungnahmen zu Vernehmlassungen. Zu Ihren Tätigkeiten gehört auch die Koordination des internen und externen Informationswesens und die Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Regierung.

Anforderungen:

Für diese anspruchsvolle Aufgabe suchen wir eine Juristin/einen Juristen mit mehrjähriger Berufserfahrung, vorzugsweise im Verwaltungsrecht. Wir erwarten von Ihnen eine initiative und teamorientierte Arbeitsweise, Entscheidungsfreudigkeit und Durchsetzungsstärke sowie gute Englisch- und Informatikkenntnisse. Liechtensteinische Staatsbürgerschaft erwünscht.

Bewerbungen:

Sind Sie an dieser neuen Herausforderung interessiert? Dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis 8. Juni 2005 an das Amt für Personal und Organisation, 9490 Vaduz.

1274 350

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

■ **Stellenausschreibung (Ersatzanstellung)**

Das Schulamt ist mit der Umsetzung des EU-Bildungsprogrammes SOKRATES betraut. Für die Mitarbeit in einem Bereich dieses Programms sowie in der Abteilung Hoch- und Mittelschulwesen ist die Stelle eines/einer

Sachbearbeiters/Sachbearbeiterin (50%)

neu zu besetzen.

Aufgaben:

Dieses interessante und selbständig zu betreuende Aufgabengebiet umfasst insbesondere die Mitwirkung am Bildungsnetzwerk EURYDICE. Das Ziel von EURYDICE ist es, verlässliche und vergleichbare Informationen über die nationalen Bildungssysteme und Bildungspolitiken in Europa zu erstellen. Die nationale Informationsstelle hat dabei die Aufgabe, die Beiträge aus liechtensteinischer Sicht in enger Zusammenarbeit mit der koordinierenden Europäischen Informationsstelle in Brüssel zu erarbeiten. Weitere Aufgaben sind die Beantwortung von Anfragen aus dem EWR-Raum, die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für moderne Sprachen des Europarates und die Bearbeitung verschiedenster Aufgabenstellungen im Bereich der Abteilung.

Anforderungen:

Sie benötigen einen Hochschulabschluss, vorzugsweise in sprachlicher- oder wirtschaftlicher Richtung, gute Kenntnisse des liechtensteinischen Bildungswesens und Interesse an der Arbeit mit Gesetzen und Regelungen. Sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift sowie gute Kenntnisse in Französisch sind notwendig. Wichtig sind auch vertiefte PC-Anwenderkenntnisse (Word, Excel, Outlook, Internet). In persönlicher Hinsicht sind Sie belastbar und flexibel. Sie haben ein sicheres Auftreten und zeichnen sich durch eine selbständige, kooperative Arbeitsweise aus.

Bewerbungen:

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung. Bitte schicken Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis 8. Juni 2005 an das Amt für Personal und Organisation, 9490 Vaduz.

1275 350

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

■ **Ausschreibung zum Referendum**

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 19. Mai 2005 beschlossen:

- Beschluss Nr. 149/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Übernahme der Richtlinie 2004/72/EG vom 29. April 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2003/6/EG - Zulässige Marktpraktiken, Definition von Insider-Informationen in Bezug auf Warenderivate, Erstellung von Insider-Verzeichnissen, Meldung von Eigengeschäften und Meldung verdächtiger Transaktionen)

Gemäss Art. 66^{ter} der Verfassung vom 5. Oktober 1921, LGBl. 1921 Nr. 15, in der Fassung des Verfassungsgesetzes vom 15. März 1992, LGBl. 1992 Nr. 27, und Art. 70a und 75a des Gesetzes vom 17. Juli 1973 betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten, LGBl. 1973 Nr. 50, in der Fassung des Gesetzes vom 17. September 1992, LGBl. 1992 Nr. 100, kann dagegen innerhalb von 30 Tagen nach dieser Kundmachung, das ist bis zum **20. Juni 2005** einschliesslich, das Referendum ergriffen werden.

Das Referendum kommt zustande, wenn wenigstens 1500 stimmberechtigte Landesbürger oder wenigstens vier Gemeinden in Form übereinstimmender Gemeindeversammlungsbeschlüsse das Begehren um eine Volksabstimmung stellen. Sammelbegehren um eine Volksabstimmung müssen nebst der Angabe der Gemeinde von den das Begehren stellenden Stimmberechtigten durch eigenhändig unterzeichnete Eingaben, die mit dem Anfangsdatum der Unterschriftenzeichnung auf jedem Bogen versehen sein müssen, bei der Regierung eingereicht werden, wobei Stimmberechtigung und Unterschrift von der Gemeindevorstellung derjenigen Gemeinde, in welcher dieselben ihre politischen Rechte ausüben, bescheinigt sein muss.

Landtagsbeschlüsse können bei der Fürstlichen Regierungskanzlei eingesehen und bezogen werden.

Vaduz, 21. Mai 2005

gez. Otmar Hasler
Fürstlicher Regierungschef

1276 410

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Ihr Gratis-Abo für einen Monat!

süss,
jung,
bunt,
lesefreundlich,
innovativ...

eben
VOLKSBLATT

Bestellen Sie noch heute Ihr Abonnement
unter Tel.: +423 / 237 51 41 oder abo@volksblatt.li



 www.fastenopfer.ch
Spendenkonto PC 60 19191 7

ansprechen handeln versöhnen